

Georg Ress

Die Rechtslage Deutschlands
nach dem Grundlagenvertrag
vom 21. Dezember 1972



Springer-Verlag Berlin Heidelberg New York 1978

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1. Der Grundlagenvertrag als »Vertragswerk«	3
2. Der Grundlagenvertrag und die Leitsätze des Bahr-Papiers. Zum Problem der Regelungen über Deutschland als »einheitliches Ganzes«	5
a) Die Ost- und Berlin-Verträge als ein einheitliches »Vertragssystem«?	6
b) Vorbilder für derartige »Vertragssysteme«	9
c) Das Bahr-Papier	14
3. Die internationale Kompetenz der beiden deutschen Staaten zum Abschluß des Grundlagenvertrages	26
a) Die Rolle der Vorbehaltsrechte der drei Westmächte	27
b) Die alliierten Vorbehalte und Art. 9 Grundlagenvertrag	33
c) Die Einwände gegen den Fortbestand originärer Besatzungsrechte	34
d) Der Grundlagenvertrag und alliierte Besatzungsrechte: der Begriff »Deutschland als Ganzes«	48

I. Kapitel

Die Präambel des Grundlagenvertrages und die Rechtslage Deutschlands	52
1. Vorbemerkung zur Bedeutung der Präambel	52
2. Der Grundlagenvertrag als Instrument zur »Erhaltung des Friedens«	59
3. Der Grundlagenvertrag als Beitrag zur Entspannung und Sicherheit in Europa	75
4. Die Unverletzlichkeit der Grenzen als grundlegende Bedingung für den Frieden	77
5. Das Gewaltverbot	82
6. Der offene Dissens über grundsätzliche Fragen	83
a) Die historischen Gegebenheiten als Ausgangspunkt	83

b) Der vereinbarte Dissens über grundsätzliche Fragen	85
c) Die nationale Frage als Rechtsbegriff	88
d) Die nationale Frage als »deutsche Frage«?	96
e) Die Rechtswirkungen des Dissenses	97
f) Die Rechtsfolgen aus dem Dissens für Deutschlands Rechtslage	103
aa) Das Selbstbestimmungsrecht	103
bb) Die Deutung der »Rechtslage Deutschlands«: die Dissens-	
klausel und der Fortbestand des Deutschen Reiches	116
7. Die bilaterale Zusammenarbeit und das »Wohl der Menschen in	
den beiden deutschen Staaten«	118

II. Kapitel

Das »Offenhalten« der deutschen Frage durch den »Brief zur deut-	
schen Einheit« und andere Dokumente	120
1. Der »Brief zur deutschen Einheit« im Lichte der Auslegungsregeln	
der Wiener Vertragsrechtskonvention	120
a) Das Problem der Einbeziehung in den <i>context</i> nach Art. 31	
Abs. 2 WVRK	120
b) Die Bedeutung des Briefes nach Art. 32 WVRK	125
c) Alternativen des Sachverhalts und der rechtlichen Qualifikation	
des Briefes	128
d) Widerruf der <i>acceptance</i> nach Art. 31 Abs. 2 <i>lit. b</i> WVRK?	131
e) Auslegung der Erklärungen der DDR	137
2. Die inhaltliche Reichweite der im »Brief zur deutschen Einheit«	
reservierten Rechtsposition	141
3. Die Bedeutung der Gemeinsamen Entschließung des Bundestages	
vom 17. Mai 1972 für die Auslegung des Grundlagenvertrages	145
a) Der Inhalt der Bundestagsresolution	145
b) Die Bedeutung der Gemeinsamen Entschließung vom 17. Mai	
1972 für die Auslegung des Grundlagenvertrages	149

III. Kapitel

Der rechtliche Gehalt der besonderen Beziehungen zwischen der	
Bundesrepublik Deutschland und der DDR	154
1. Vorbemerkung	154
2. Die These von den »besonderen Beziehungen« in der Regierungs-	
erklärung vom 28. Oktober 1969	156
3. Gemeindeutsches Verfassungsrecht?	159
a) Parallele zum Deutschen Bund	159
b) Parallele zum Britischen Commonwealth	163

c) Die Gemengelage von Staats- und Völkerrecht als spezielle Erscheinungsform der Dekolonisierungsprozesse oder ein allgemeines Phänomen staatlicher Desorganisations- und Integrationsprozesse?	170
d) Sonderfall einer <i>special relationship</i> : das Verhältnis der Republik Irland zu Großbritannien	175
aa) Nicht-Ausland-Eigenschaft im Britischen Commonwealth	175
bb) Nicht-Ausland-Eigenschaft im Verhältnis zwischen Großbritannien und der Republik Irland	176
e) Die Deutschlandtheorie des Bundesverfassungsgerichts und die besonderen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR	185
aa) Vorbemerkung	185
bb) Die These des Bundesverfassungsgerichts	186
cc) Die Kritik an der These von der »Doppelnatur« des Grundlagenvertrages	190
dd) Herleitung der »besonderen Beziehungen« aus dem Grundlagenvertrag selbst?	192
f) Die Einbeziehung des Grundlagenvertrages in »umgreifendere und speziellere Rechtsverhältnisse«	198
4. Fortbestand oder Untergang des Deutschen Reiches?	199
a) Die beiden diskutablen Denkmodelle: Identitätstheorie oder Nachfolgetheorie	200
b) Die These von der Unabgeschlossenheit des Teilungsvorganges	214
aa) Die Bundesrepublik und die DDR als Staaten und Völkerrechtssubjekte nach dem Grundlagenvertrag	214
bb) Argumente für die Unabgeschlossenheit des Sezessionsprozesses	216
cc) Die deutschlandrechtliche Funktion der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte	223
dd) Die Unabgeschlossenheit des Dismembrationsprozesses	226

IV. Kapitel

Der völkerrechtliche Grundsatz der guten Nachbarschaft in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR	229
1. Die Regelung im Grundlagenvertrag	229
2. Die normalen gutnachbarlichen Beziehungen im völkerrechtlichen Verkehr	233
3. Das Verbot materieller, politischer und jurisdiktioneller Immis-sionen	240

4. Besondere, aus dem Begriff der »normalen gutnachbarlichen Beziehungen« sich ergebende Vertragspflichten	249
5. Die Anwendung des Prinzips der guten Nachbarschaft auf einige konkrete Streitfälle	256
a) Die Drosselung des Besucherverkehrs durch einseitige Maßnahmen eines der beiden Vertragspartner	256
b) Exkurs zum Problem der Besuche von Bewohnern West-Berlins in Ost-Berlin und der DDR	266
c) Gute Nachbarschaft und sog. Schießbefehl	269

V. Kapitel

Der Status der Ständigen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	272
1. Diplomatische Beziehungen oder besondere Beziehungen?	272
a) Diplomatische Beziehungen zu Drittstaaten	272
b) Das Problem der »innerdeutschen Vertretungen«	275
2. Die Bindung der beiden deutschen Staaten an das Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen und die Vereinbarung über die Ständigen Vertretungen	279
3. Die Meinungsverschiedenheiten über den Status der Ständigen Vertretungen	286
a) Art. 8 des Grundlagenvertrages im Verhältnis zu anderen Vertragsbestimmungen	286
b) Zum Streit über die »entsprechende« Anwendung des Wiener Übereinkommens	288
c) Die Parallele zu den High Commissioners im Commonwealth und zum Verhältnis zwischen der Republik Irland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien	292
d) die Akkreditierung beim Träger der formellen auswärtigen Gewalt	295

VI. Kapitel

Die Abgrenzung staatlicher Hoheitsrechte im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR	298
1. Die Regelung in Art. 4 und 6 des Grundlagenvertrages	298
2. Die Abgrenzung der Vertretung nach außen	300
3. Die Abgrenzung der Gebietshoheit	309
a) Die Regelung in Art. 6 des Grundlagenvertrages	309
b) Inlandbegriff und Abgrenzung der Gebietshoheit	313

VII. Kapitel

Abrüstung und Rüstungskontrolle als Ausdruck friedlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR	322
1. Die Unterscheidung zwischen dem angestrebten Ziel und einzelnen Maßnahmen	322
2. Der normative Gehalt des Art. 5	324
a) Die Förderung friedlicher Beziehungen	325
b) Der Beitrag zu Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und die KSZE-Schlußakte	326
c) Die KSZE und Deutschlands Rechtslage	329
d) Die Verminderung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa	332
e) Allgemeine und vollständige Abrüstung	333

VIII. Kapitel

Die Folgeverträge zum Grundlagenvertrag	335
1. Die Regelung in Art. 7 des Grundlagenvertrages	335
a) Art. 7 Satz 1 und der Briefwechsel vom 21. Dezember 1972 zur Familienzusammenführung, zu Reiseerleichterungen und Verbesserungen des nichtkommerziellen Warenverkehrs	335
b) Verhältnis von Art. 7 Satz 1 zu Art. 7 Satz 2	337
2. Der rechtliche Gehalt der Regelungsbereitschaft nach Art. 7 Satz 1	338
a) Absichtserklärung oder Rechtspflichten auslösendes <i>pactum</i> ?	338
b) Die Normalisierung der Beziehungen und die Regelung praktischer und humanitärer Fragen	341
3. Die Regelung in Art. 7 Satz 2 des Grundlagenvertrages in Verbindung mit dem Zusatzprotokoll als <i>pactum de negotiando</i>	347
a) Der Umfang der Verhandlungspflicht nach Art. 7 Satz 2	347
b) Die Sicherung der Erfüllung der Verhandlungspflichten	351
c) Die Diskrepanz zwischen verfassungsrechtlicher Bindung und völkerrechtlicher Verhandlungspflicht der Bundesrepublik	352
4. Die Handelsvereinbarungen zwischen den beiden deutschen Staaten und die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der EWG	363

IX. Kapitel

Die Unberührtheitsklausel	372
1. Die Auslegung der Unberührtheitsklausel des Grundlagenvertrages im Lichte des dazugehörigen Briefwechsels	372
a) Art. 9 des Grundlagenvertrages und der dazugehörige Briefwechsel vom 21. Dezember 1972	372

b) Der Inhalt der Einigung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR	374
c) Die Auswirkung der Mitteilung an die Vier Mächte	376
d) Der Briefwechsel vom 21. Dezember 1972 zu Art. 9 des Grundlagenvertrages	379
2. Vorrangklausel, Vereinbarkeitsklausel oder Drittsicherungsklausel?	380
a) Die rechtliche Wirkung des Art. 9 für die Auslegung des Grundlagenvertrages	380
b) Art. 9 als Kollisionsvermeidungsklausel	383
3. Schlußbemerkung	389
Summary	390
The Legal Status of Germany after the Conclusion of the Treaty on the Basis of Relations between the two German States of 1972	
Anhang	406
Literaturverzeichnis	417
Sachregister	430